

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (19)



22. März 2024

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Zu Beginn der Kreistagssitzung am 20. März 2024 wurde eine neue Kreisspitze gewählt. Herr Jan Weckler (CDU) war bei den Landratswahlen am 8. Oktober 2023 als Landrat bestätigt worden. Vereidigt wurde er erst in dieser Sitzung. Der Kreistag wählte nun die Kreisbeigeordneten. Erste Kreisbeigeordnete ist nun Birgit Weckler (CDU). Sie wird u.a. die Kämmerei übernehmen. Als zweite Beigeordnete wurde Marion Götz (SPD) gewählt. Sie wird u.a. für den Sozialbereich zuständig sein.

Wir und die anderen Oppositionsfraktionen hatten keine Möglichkeit, andere Vorschläge durchzubringen oder am Wahlergebnis etwas zu ändern. Die Koalition bestimmt mir ihrer übergroßen Mehrheit die Personalien allein. Wir werden natürlich die Arbeit der Neuen kritisch begleiten.

In der nächsten Sitzung des Kreistags am 8. Mai wird der Haushalt 2024 diskutiert und verabschiedet. Die Lesungen laufen bereits. Und es wird dann ganz sicher einiges zu berichten sein.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Gemeinsamer Besuch der Fraktionen DIE LINKE. und Bündnis90/Die Grünen bei der Frankfurter ABG. „Wir brauchen eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum“. Keine Rücknahme des Kreistagsbeschlusses zu kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft!
2. Antrag Die Grünen: Sportentwicklungsplan
3. Antrag Freie Wähler: Kita-Kreiselternbeirat
4. Anträge Die Grünen: „Aktionsplan Inklusion“ und „Systematische Aufgabenkritik“
5. Anträge FDP: „Antisemitismus entgegentreten“ und „Hospizwesen in der Wetterau“
6. Antrag AfD: „Bau einer Turmhügelburg“
7. Anfrage DIE LINKE.: Probleme beim Übergang von Sozialamt zum Jobcenter

RÜCKLICHT



19. Februar 2024: In Friedberg kommen fast 200 Menschen zusammen, um an das Attentat in Hanau vor vier Jahren zu erinnern. Denn: Erinnern heißt verändern. Der frühere linke Landtagsabgeordnete Hermann Schaus berichtete in einer bewegenden Rede, wie groß die Versäumnisse in der Mordnacht selbst und bei der Aufklärung der Morde waren und wie wenig die Landesregierung bereit war, Konsequenzen zu ziehen, weil die politisch Verantwortlichen und die Justiz auf dem rechten Auge blind sind. Eine konsequente Politik gegen rechts sieht anders aus!

24. Februar 2024: In Frankfurt machen ein paar Hundert Menschen auf die Situation von Kranken aufmerksam, die im Gesundheitssystem wenig Beachtung finden: Sie leiden an ME / CFS. Betroffene liegen oft Monate und Jahre in ihrem Bett, haben keine Kraft, können die Wohnung nicht mehr verlassen, fühlen sich nicht lebend und nicht tot. Die Erkrankten erfahren oft Abweisung und ihnen wird nicht geglaubt. Deshalb fordern sie: Anerkennung, Forschung, medizinische und psychosoziale Versorgung. Wir waren als Stellvertreterinnen und Stellvertreter für unsere Genossin Meike dort. Sie gehört zu denen, die zu krank sind, um zur Demo zu gehen.



8. März 2024: Wie jedes Jahr verteilte DIE LINKE. Wetterau in Friedberg rote Nelken zum Internationalen Frauentag, dem Kampftag für Frauenrechte. Die wichtigste Forderung in diesem Jahr: Frieden! Keine weiteren Waffenlieferungen! Verhandlungen statt Eskalation! Abrüsten statt aufrüsten! Frauen und ihre Kinder leiden am heftigsten unter Sozialabbau und Krieg. Deshalb haben wir Werbung für den Ostermarsch in Frankfurt gemacht: 1. April 2024. 11 Uhr US-Generalkonsulat Gießener Straße. 13 Uhr Abschlusskundgebung auf dem Römerberg.

Linke und Grüne Fraktion im Wetterauer Kreistag fordern: Eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum!

Dass die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft schon wieder in Gefahr ist, bevor sie aus der Taufe gehoben wurde – das haben wir schon in der letzten Post aus dem Kreistag berichtet. Der Koalition aus SPD und CDU erscheint die Gründung zu kompliziert. Auch hat man sich eine Geschäftsform gegeben, die nur schwer umzusetzen ist: Die GmbH muss mindestens drei Gesellschafter haben. Dabei hält der Wetteraukreis immer die Mehrheit. Kein Wunder, dass die Kommunen nicht begeistert sind und nicht Gesellschafter werden wollen. Sie können nicht mitreden. Dabei wären eigentlich für eine GmbH keine drei Gesellschafter nötig. Ein Gesellschafter würde ausreichen.

Aber statt jetzt mal eine angemessene Geschäftsform zu suchen und statt sich vielleicht bei anderen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu informieren, wird darüber nachgedacht, den WoBau-Beschluss wieder zurückzunehmen.

Der linken Fraktion war sofort klar, dass wir uns fachlichen Rat einholen müssen. Schließlich sind wir keine Fachleute für die Gründung und den Betrieb einer WoBau. Damit haben wir inzwischen abgefangen. Zum Termin mit der ABG haben uns grüne Abgeordnete begleitet.

Bild unten: v.l.n.r.: Anja ElFechtali, Gabi Faulhaber (Linke), Frank Junker (ABG), Dorothee Warns-Ventulett und Gerhard Salz, (Grüne).

27. Februar 2024: PRESSEMITTEILUNG
der Fraktionen DIE LINKE. und Bündnis
90/Die Grünen im Kreistag der
Wetterau:

**Linke und Grüne Fraktion im
Wetterauer Kreistag fordern: Eine
Offensive für bezahlbaren Wohnraum!**

Die Mieten werden immer teurer.
Aber die Koalition aus SPD und CDU
lehnte bisher beharrlich alle Vorschläge
zur Schaffung von bezahlbarem
Wohnraum ab. Auch bringen die
beiden Parteien keine einzige eigene Idee in den Kreistag ein, wie die Wohnungsnot im unteren
Mietpreissegment verringert werden könnte.

Die Linke Gabi Faulhaber und Gerhard Salz von den Grünen sehen große Probleme für Geringverdiener, eine Wohnung zu finden. Sie wollen sich nicht damit abfinden, dass in den letzten zehn Jahren in der Wetterau 40 Prozent der Sozialwohnungen weggefallen sind aber kaum Ersatz geschaffen wurde. Deshalb fordern beide neue Wohnbauprojekte mit einem Anteil von mindestens 30 Prozent geförderten Wohnungen und Mieten ab 5,50 Euro pro Quadratmeter. „Wir können im Wetteraukreis nicht aufgeben! Es braucht jetzt große Anstrengungen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen!“ Da sind sich die beiden einig und sie suchen nach gangbaren Wegen.



Auf Initiative von Gabi Faulhaber besuchten Linke und Grüne am 27. Februar die ABG Frankfurt. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Frank Junker, lieferte zu ihren Fragen viele Informationen. Die AGB Frankfurt in der Niddastraße ist eine Wohnungsbau-Holding, die ihre Wirtschaftskraft dafür einsetzt, auch geförderte Wohnungsprojekte mit bezahlbaren Mieten zu schaffen. So baut die ABG gerade 139 Wohnungen in Preungesheim, wovon 30 Prozent gefördert sind. Auch werden Wohnungen nach dem Ende der Förderzeit wieder in eine Sozialpreisbindung eingekauft.

Es wurde rasch klar, dass die Strukturen auf dem Land etwas anders sind als in der Stadt. Frankfurt als kreisfreie Stadt besitzt Grundstücke und kann dadurch mit der ABG auf Augenhöhe wirtschaften und auch soziale Vorgaben machen.

Dennoch gibt es auch Möglichkeiten, dass ein Landkreis seine Städte und Gemeinden unterstützt, wenn diese wohnungspolitische Initiativen ergreifen wollen. Es muss um Lösungen gerungen werden, wie man eine geeignete, effektive Baugesellschaft schafft, die mit einem ausreichenden Stammkapital ausgestattet auch kreditwürdig ist und deshalb wirtschaftlich bauen kann. Dazu sollte man über eine energetisch lohnende Geschosshöhe von fünf oder mehr Geschossen nachdenken und den Ausbau von Blockheizkraftwerken und Fernwärme aus den ortsnahen Gewerbegebieten verstärken. Der Wetteraukreis könnte beraten und helfen, Fördergelder zu beschaffen. Und er könnte initiativ werden, damit die Förderrichtlinien von Land und Bund realitätsgerecht überarbeitet werden.

Zur Zeit ist das Bauen sehr teuer - auch wegen der hohen Zinsen von 3,7 - 4 Prozent. Junker rechnet vor, dass die Kosten heute pro Quadratmeter bei etwa 5000 Euro liegen. Das können sich nur Wohlhabende leisten, denn der Mietpreis liegt dann bei 20 Euro m².

Wer bezahlbaren Wohnraum erreichen will, muss den Wohnungsbau subventionieren.

Gleichwohl kauft Frankfurt bereits Grundstücke oder erwirbt sie in Erbpacht, um später bauen zu können.

Auch in Nidderau und in Butzbach ist die ABG erfolgreich tätig geworden.

Warum also sollten nicht weitere Kommunen des Wetteraukreises mit der ABG kooperieren?

Warum kann man nicht auch einen großer Player wie die ABG in die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft einbeziehen?

All diese Lösungen sind eine Überlegung wert. „Was aber gar nicht geht ist, das Wohnungsproblem weiterhin auszusitzen!“ Das betonen Faulhaber und Salz.

Antrag Die Grünen: Sportentwicklungsplan

Die grüne Fraktion hatte vor einiger Zeit einen Sportentwicklungsplan für die Wetterau gefordert. In den Ausschüssen wurden dann Nachbarkreise (z.B. der Vogelsbergkreis) eingeladen, um zu erfahren, warum diese einen solchen Sportentwicklungsplan haben und wie das funktioniert.

Diese Vorstellung war durchaus positiv. Denn der Zustand und die Verbesserung der Sportstätten geraten dann mehr in den Fokus der Kreisplanung.

Doch die Mehrheit der Fraktionen hat nun einen solchen Plan abgelehnt. Die Koalition aus SPD

und CDU meinte, die Kommunen wollen keinen Sportentwicklungsplan. Man habe die Bürgermeister befragt und die meisten hätten abgelehnt.

Das wundert uns überhaupt nicht. Denn die Kommunen wurden nicht über ein Konzept informiert, sondern nur wage befragt. So entstand der Eindruck, das würde viel Geld und Personal kosten. Wenn nicht klar ist, welche Anforderungen auf die Kommune zukommen, ist das abschreckend.

Die Argumente der grünen Fraktion sind einleuchtend: In den letzten Jahren wurden die Kreismittel zur Sportstättenförderung nicht vollständig abgerufen. Dabei standen jährlich 50.000 Euro zur Verfügung. Auch das Land hält Mittel bereit.

Dabei gibt es einen hohen Bedarf bei der Erhaltung und Sanierung von Sportstätten. Doch die Beantragung ist kompliziert und verlangt eine fachliche Vorarbeit, die nicht immer kurzfristig zu leisten ist.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass sich ein Sportentwicklungsplan des Kreises nicht um Sportstätten der Kommunen kümmern braucht. Der Kreis ist Schulträger. Viele Schulen haben Sportplätze und Turnhallen. Ihr Zustand ist nicht systematisch erfasst. Im Schulentwicklungsplan kommen diese Sportstätten nicht vor. Im Investitionsplan des Haushalts findet man die ein oder andere Sanierung. Aber es gibt kein Konzept und viele Sportstätten an den Schulen sind in keinem guten Zustand. Dies zu verbessern wäre also eine originäre Aufgabe des Kreises.

Antrag Freie Wähler: Kita-Kreiselternbeirat

Wir haben diesen Antrag unterstützt. In Hessen können Elternbeiräte in Kitas gebildet werden. Es gibt aber keinen Zwang, in jeder Kita einen Elternbeirat zu wählen.

2023 beschloss der Landtag eine Landeselternvertretung für Kitas. Kreiselternbeiräte wurden vom Landtag nicht extra vorgesehen. Sie sind aber auch nicht untersagt.

Offiziell bestreitet auch keine Kreistagsfraktion, dass Kita-Elternbeiräte und ein entsprechender Kreiselternbeirat gut wären. Aber niemand will initiativ werden.

So wurde der Antrag abgelehnt, weil man erst auf eine Entscheidung des Landtags warten will.

Wann es diese geben könnte, steht noch in den Sternen. Und Vorreiter möchte die Koalition aus SPD und CDU auf keinen Fall sein.

Anträge Die Grünen:

Aktionsplan Inklusion

Seit 2020 gibt es in der Wetterau einen ausgearbeiteten Aktionsplan Inklusion. Einmal schaffte er es auf die Tagesordnung des Kreistags, wurde aber vor der Beratung und Abstimmung wieder zurückgestellt. Das ist lange her und seither wird die Sache verzögert und vertagt. Der damals bestehende Inklusionsbeirat wurde von der Kreisspitze aufgelöst.

Zuletzt wollte die Koalition aus SPD und CDU, dass erst mal ein neuer Beirat gegründet wird.

Das ist kürzlich geschehen: Ein Diversitäts- und Inklusionsbeirat hat sich konstituiert.

Wir hatten in der „Post aus dem Kreistag“ berichtet, dass wir die Vermischung der beiden Arbeitsgebiete nicht als Vorteil sehen.

Vergleiche: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/images/lag-sbh/Dokumente/Aktuelle%20Post/9-Aktuelle%20Post-small.pdf>

Es sind nämlich zwei Arbeitsgebiete: Ein Diversitätsbeirat bemüht sich um Verständigung und Intergration in einer vielfältigen Gesellschaft. Es geht um die Eingliederung von Menschen mit Migrationsgeschichte, um kulturelle Vielfalt und den Abbau von Vorurteilen.

Ein Integrationsbeirat hat die Belange von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen im Blick. Er beschäftigt sich mit Barrierefreiheit und Teilhabe.

Zwar überschneidet sich die Thematik teilweise aber jede der Gruppen hat ganz spezifische Herangehensweisen nötig.

Nun wurde also ein Beirat für beide Themengebiete gegründet. Eine Ausrede gibt es eigentlich jetzt nicht mehr und man müsste den „Aktionsplan Inklusion“ im Kreistag diskutieren und abstimmen. Doch neue Ausreden fallen der Koalition natürlich immer ein. Diesmal ist zu viel Zeit vergangen und man muss den Aktionsplan im neuen Beirat erst mal überarbeiten. Erst danach kann sich der Kreistag damit befassen.....

Systematische Aufgabenkritik

Diesen Antrag haben wir mit großer Überzeugung abgelehnt.

Was heißt „Systematische Aufgabenkritik“? 2013 hat der damalige Kämmerer und Landrat Arnold eine Consultingfirma beauftragt, den Haushalt nach Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten. Für 100.000 Euro Vergütung machte sich die Firma ans Werk. 17,5 Millionen Euro sollten eingespart werden. Dreimal dürfen Sie raten, wo eingespart wurde? Beim Sozialetat natürlich! Viele Leistungen wurden neu ausgeschrieben und einem Billiganbieter mit abgespecktem Portfolio gegeben. Betroffen waren zum Beispiel Hausaufgabenhilfen, die Entgelte für Noteltern, die Schuldnerberatung und vieles mehr. Zuletzt konnten mit viel Mühe gerade mal 16,8 Millionen eingespart werden. Doch viele dieser Einsparungen haben das soziale Angebot nachhaltig stark verschlechtert. Zudem haben diese knapp 17 Millionen bei einem Haushalt von damals 450 Millionen kaum einen Effekt.

Das war unsere Rede dazu:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Liebe Grüne: Nicht schon wieder!

Wenn Sie sich schon im Klein-Klein und mit der knausrigen Verwaltung des finanziellen Mißstands beschäftigen wollen, dann beantragen Sie doch die Rücknahme der Erhöhung der Sitzungsgelder!

Wir wollen jedenfalls nicht wieder mit 100.000 Euro eine Consultingfirma reich machen.

Statt wieder 200 Euro beim Zuschuss für die Betriebsfußballmannschaft oder 130 Euro für den Mitgliedsbeitrag bei der Schutzgemeinschaft Vogelsberg einzusparen:

Machen Sie sich lieber Gedanken, wie Bund und Land die finanzielle Ausstattung der Kommunen

verbessern könnten. Hier braucht es viel Druck und viele Ideen! Ihre Parteien, meine Damen und Herren, sind auf allen politischen Ebenen vertreten. Sie haben Einfluss!
Und ich verrate Ihnen jetzt mal ein Geheimnis: Mit einem Rüstungsetat von 85 Milliarden Euro und zukünftig noch mehr, wird das nicht gehen!“

Dass für den Haushalt 2024 wieder Schulden aufgenommen werden müssen, ist kein Grund, wichtige Leistungen im Sozialbereich an die Wand zu fahren. Überall sollen wir jetzt kriegstüchtig werden: in den Schulen, im Gesundheitssystem... Der Sozialstaat bleibt dann auf der Strecke! Der Antrag wurde glücklicherweise abgelehnt. Nur Grüne und FDP waren für dieses neoliberale Vorhaben. Die AfD wollte gern eine Consultingfirma beauftragen.

FDP Anträge: „Antisemitismus entgegentreten“ und „Hospizwesen in der Wetterau“

Ein sehr allgemeiner Antrag der FDP, was gegen Antisemitismus zu tun sei, wurde durch einen Änderungsantrag mehrerer Fraktionen konkreter gefasst. Wir haben diesen verbesserten Antrag auch unterstützt.

Dort wird vorgeschlagen, Begegnungsorte für Menschen unterschiedlichen Glaubens zu schaffen, in Schulen ein Projekt „Meet a Jew“ und „Meet a Moslem“ zu unterstützen, Filme zu zeigen, Jugendaustauschprogramme und Partnerschaften zu fördern.

Dass es in der Wetterau ein Hospiz geben müsste, ist im Kreistag unstrittig. Diskutiert wird jedoch, ob der Kreis bei der Realisierung eine aktive Rolle spielen könnte und müsste.

Das wollte der FDP-Antrag erreichen. Denn es gibt einen Förderverein, der schon viel Geld gesammelt hat. Ein beabsichtigter Standort in Bad Nauheim konnte nicht für den Bau eines Hospizes genutzt werden. Jetzt ist das Projekt in Gefahr.

Frau Becker-Bösch berichtete, dass es bereits ein erstes Treffen gegeben hätte. Es zeichnet sich derzeit ab, dass sowohl ein Träger als auch ein Betreiber für ein Hospiz Interesse gezeigt hätten. Die Kreisspitze sieht sich jedoch mit der Aufgabe zur Koordination stark gefordert.

AfD-Antrag: Bau einer Turmhügelburg

Die AfD forderte, dass der Büdinger Verein „Hofraite“ finanziell unterstützt wird. Der Verein hat sich der experimentellen Archäologie verschrieben und will mit alten Werkzeugen und Methoden eine Turmhügelburg aus der Zeit um 1000 nach Christus errichten.

Dumm nur, dass dieser Verein von der Schützenhilfe seitens der AfD gar nichts wusste und auch überhaupt nicht begeistert war. Das hatte der grüne Abgeordnete Stadler durch ein Telefonat erfahren. Der Verein bekommt Mittel aus dem Fonds „Demokratie leben“ und hat sich der gesellschaftlichen Vielfalt verschrieben.

So endete die 24-Punkte lange Tagesordnung des Kreistages mit viel Gelächter.

Anfrage DIE LINKE.: Probleme beim Übergang vom Sozialamt zum Jobcenter

Immer wieder kommt es zu längeren Zeiten ohne Geld, wenn Geflüchtete vom Sozialamt (AsylbLG) zum Jobcenter (SGB II) wechseln. Dieser Wechsel erfolgt, wenn der Aufenthalt anerkannt ist. Das Sozialamt informiert dann die betreffende Person/Familie, dass es die Leistungen einstellt und dass sie einen Antrag beim Jobcenter stellen sollen.

Das Problem ist: Dieser Informationsbrief kommt nicht immer rechtzeitig. Uns liegen Fälle vor, die zeigen, dass die Betroffenen erst nach der Aufkündigung der Sozialamtsleistungen informiert werden. In einigen Fällen erfolgte die Aufkündigung zwei bis drei Monate rückwirkend. Die betroffenen hatten zum Teil kein Geld mehr bekommen und auch vergeblich nachgefragt, warum das Geld ausbleibt.

Wer dann einen Antrag beim Jobcenter stellt, bekommt aber rückwirkend kein Geld. Und die Bearbeitung des Antrags kann auch bis zu sechs Wochen dauern.

Diese Wochen und Monate ohne Geld setzt die Betroffenen unter großen Stress. Sie leihen sich Geld für Essen von Bekannten und Freunden, die selbst nicht viel haben.

Schlimm ist, wenn Miete bezahlt werden muss.

Wer in einer Geflüchtetenunterkunft lebt: Der Wetteraukreis erhebt mit dem Datum des Wechsels zum Jobcenter seine Abzockergebühren für die Geflüchtetenunterkunft.

Für alle diese Fälle liegen uns Unterlagen vor.

Wir haben wieder bei der Sozialdezernentin nachgefragt. Und wieder erhielten wir die Auskunft, dass es keine Probleme beim Übergang in den Rechtskreis SGB II geben würde. Bei den Fällen könnte es sich lediglich um Einzelfälle handeln.

Das Problem bleibt also leider erhalten.

Hier ist die Anfrage mit den Antworten zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1716-anfrage-%C3%BCbergang-vom-sozialamt-asylblg-zum-jobcenter.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber